

Antrag auf Gewährung eines Vorschusses auf Bezüge bzw. Entgelt

Name, Vorname						Aktenzeichen/Personalnummer	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort)						Kapitel - Titel	
Beschäftigungsstelle (Bezeichnung und Anschrift)						tagsüber telef. erreichbar unter	
Familienstand		eingetragene Lebenspartnerschaft		geschieden		verwitwet	
ledig		verheiratet		getrennt lebend		seit	
						Zahl der Kinder	
Angaben zum Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis							
Beamtin/Beamter		Richterin/Richter		Beschäftigte/Beschäftigter		Arbeitsverhältnis befristet bis	
vollbeschäftigt		teilleistbeschäftigt mit wöchentlich		Stunden		Besoldungs-/Entgeltgruppe:	
schwerbehindert		GdB:		Die Schwerbehindertenvertretung ist vorab zu beteiligen.		Zustimmung nach § 66 Abs. 1 Nr. 6 NPersVG (ggf. i. V. m § 71 NRiG) oder nach § 20 Abs. 4 Nr. 4 NRiG soll erteilen:	
gleichgestellt						folg. Mitglied des Personalrats/Staatsanwaltsrats/Richterrats:	

Vorschuss zu Aufwendungen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Anerkennung eines Unfalls als Dienstunfall

Ich beantrage einen Vorschuss in Höhe von _____ Euro zur Deckung der Aufwendungen, die mir infolge eines Unfalls für meine medizinische Versorgung entstanden sind. Die Rechnung(en) ist/sind als Kopie(n) beigefügt. Ich versichere, dass ich einen Antrag auf Anerkennung dieses Unfalls als Dienstunfall gestellt habe.

Ich verpflichte mich, nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Anerkennung des Unfalls als Dienstunfall

- im Fall der Anerkennung die Gewährung von Leistungen der Unfallfürsorge unverzüglich zu beantragen,
- im Fall der Nichtanerkennung die Gewährung von Beihilfe unverzüglich zu beantragen (gilt nicht für Heilfürsorgeberechtigte) und
- den Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse innerhalb eines Monats nach Zustellung des Festsetzungsbescheides zurückzuzahlen.

Hinweis: Ist im Fall der Nichtanerkennung eines Unfalls als Dienstunfall der Gesamtbetrag der Beihilfeleistungen und Leistungen der privaten Krankenversicherung geringer als der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse, kann für die Rückzahlung der Vorschüsse **auf Antrag** Ratenzahlung bewilligt werden. Entsprechendes gilt für Heilfürsorgeberechtigte.

Vorschuss in anderen Fällen

Ich beantrage einen Vorschuss in Höhe von _____ Euro (max. 7.500 Euro), weil ich folgende Aufwendungen nicht aus eigenen Mitteln oder aus Mitteln der/des mit mir in häuslicher Gemeinschaft lebenden Ehefrau/Ehemanns, Lebenspartnerin/Lebenspartners oder durch Zuwendungen oder unverzinsliche Darlehen von Dritten bestreiten kann:

Für die Beschaffung eines Kraftwagens, weil ich wegen eines Grades der Behinderung von mind. 50 für das Zurücklegen des Weges zwischen Wohnung und Arbeitsstätte auf ein eigenes Kraftwagen angewiesen bin.

Für den Erwerb eines Kraftwagens. **Ich verpflichte mich**, diesen Kraftwagen grundsätzlich für alle Dienstreisen und vergleichbare Reisen einzusetzen, für die ich einen Kostenerstattungsanspruch gegen meinen Dienstherrn habe, und Material und andere Bedienstete meines Dienstherrn mitzunehmen. Aufgrund der regelmäßigen Nutzung ist die Beschaffung eines Dienstwagens (Kauf, Leasing) verzichtbar.

Für die Beschaffung, den Umbau, die Ausstattung oder den Erhalt einer Wohnung (Mietwohnung oder Wohneigentum), die meinem besonderen Bedürfnissen als Mensch mit Behinderung oder den besonderen Bedürfnissen einer oder eines mit mir in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen mit Behinderung entspricht.

Hinweis: Familienangehörige sind die Ehefrau, der Ehemann, die Lebenspartnerin, der Lebenspartner, die ledigen Kinder, die ledigen Pflegekinder, die Eltern und die Schwiegereltern. Die häusliche Gemeinschaft ist auch gegeben, wenn ledige Kinder mit Behinderung und ledige Pflegekinder mit Behinderung Sie als getrennt lebenden oder geschiedenen Elternteil regelmäßig besuchen. Zum Begriff der Behinderung s. § 2 Abs. 1 SGB IX.

Wegen einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung, die durch ein außergewöhnliches Ereignis verursacht wurde oder die zu einer erheblichen Beeinträchtigung dienstlicher Belange führen könnte.

Nähere Angaben zur Begründung des Vorschussantrags (Grund, Art und Höhe der Ausgaben **immer** erläutern; ggf. auf gesondertem Blatt)

Die monatliche Tilgung (max. 30 Raten) bitte ich festzusetzen auf _____ Euro. Die Tilgung beginnt mit dem nächsten der Bezüge zahlenden Stelle möglichen Zeitpunkt, der auf die Auszahlung des Vorschusses folgt.

Mir ist/sind bereits ein Vorschuss/Vorschüsse bewilligt worden (Datum, Vorschusshöhe, Grund, bew. Dienststelle, Az.)

Der noch zu tilgende Betrag beläuft sich auf _____ Euro.

Meine bzw. unsere Bruttobezüge (Grundgehalt einschl. Familienzuschlag, Engelt) im Monat vor der Antragstellung betragen - ohne Nach- und Sonderzahlungen:

Antragstellerin/Antragsteller: _____ Euro Sonstige Einkünfte _____ Euro

Ehefrau/Ehemann oder Lebenspartnerin/Lebenspartner: _____ Euro Sonstige Einkünfte _____ Euro

Ich verpflichte mich, einen noch nicht zurückgezahlten Teil des Vorschusses umgehend in einer Summe zurückzuzahlen, wenn das Dienst-/Arbeitsverhältnis beendet wird, oder wenn ich den gewährten Vorschuss nicht für den Zweck verwendet habe, für den er gewährt worden ist. Die zweckentsprechende Verwendung werde ich auf Anforderung nachweisen.

Erklärungen:

Ich erkläre, dass keine andere Person aus demselben Anlass einen Vorschuss beantragt hat oder beantragen wird.

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

Ich verpflichte mich, den meiner Ehefrau/meinem Ehemann oder meiner Lebenspartnerin/meinem Lebenspartner gewährten Vorschuss als Gesamtschuldner gem. § 421 BGB zurückzuzahlen, sofern sie oder er dazu nicht in der Lage ist.

Ort, Datum, Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller

Ort, Datum, Unterschrift Ehefrau/Ehemann o. Lebenspartnerin/Lebenspartner

Stellungnahme der Beschäftigungsdienststelle (Datum, Unterschrift)

Entscheidung der für die Bearbeitung der Personalangelegenheiten zuständigen Stelle

Ein Vorschuss wird	gewährt	Höhe des Vorschusses -EUR-	Tilgungsraten	nicht gewährt
--------------------	---------	----------------------------	---------------	------------------

Begründung (Datum, Unterschrift)

Stellungnahme der oder des Beauftragten für den Haushalt nach § 9 LHO

Der Gewährung des Vorschusses wird zugestimmt zugestimmt mit folgender Maßgabe:

Gegen die Gewährung des beantragten Vorschusses bestehen folgende Bedenken

Behörde, Geschäftszeichen	Telefon	Ort, Datum
---------------------------	---------	------------

→
An-
schrift
der
Per-
sonal-
ver-
tre-
tung
ein-
set-
zen
→

Beteiligung an sozialen Angelegenheiten

Der Antragstellerin oder dem Antragsteller soll ein Vorschuss in der o. a. Höhe zu den genannten Tilgungsraten gewährt werden. Nach § 66 Abs. 1 Nr. 6 NPersVG (ggf. i. V. m. § 71 NRiG) oder nach § 20 Abs. 4 Nr. 4 NRiG bitte ich um Ihre Zustimmung.

Nach § 68 Abs. 2 Satz 4 NPersVG (ggf. i. V. m. § 74 NRiG) oder § 32 Abs. 2 Satz 4 NRiG verkürze ich die Frist auf eine Woche.

In Vertretung/Im Auftrage

Personalvertretung

(Bitte bei Antwort angeben)

Unser Zeichen

Telefon, Ort, Datum

→
An-
schrift
der
Dienst-
stelle
ein-
set-
zen
→

Urschriftlich zurückgesandt.

Keine
Einwendungen Zustimmung
wird erteilt

Einwendungen Zustimmung wird
nicht erteilt

Unterschrift